

## Weiter Handlungsdruck auf dem Bodenmarkt - Aeikens sieht Bund und Länder gefordert

Nach wie vor ungelöst sind nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums die Probleme auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt. „Das Thema hat nichts an Brisanz verloren“, sagt Agrarstaatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens im Interview. Dies gelte sowohl für den Preisanstieg bei landwirtschaftlichen Flächen als auch für das Engagement von überregionalen Investoren auf dem Bodenmarkt. Einschätzungen, der Einstieg von Investoren betreffe nur Einzelfälle, weist Aeikens als falsch zurück. Er ruft die Länder dazu auf, endlich Anteilskäufe in das Bodenrecht einzubeziehen. Für Juli kündigt der Staatssekretär einen Kabinettsbeschluss zur Änderung des Grunderwerbssteuergesetzes an.

Länderberichte 1

## Regierung will Wolfabschuss erleichtern - Nutzerverbände fordern Bestandsregulierung

Der Abschuss von Wölfen wird erleichtert. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes ist eine Bestandsregulierung aber weiter nicht zulässig. Eine Entnahme soll künftig bereits genehmigt werden können, wenn bei Nutztier- rissen „ernste“ landwirtschaftliche oder sonstige Schäden vorliegen. Einzelne Tiere aus einem Rudel sollen auch dann abgeschossen werden dürfen, wenn der schadensverursachende Wolf nicht sicher festgestellt werden kann. Dies soll „bis zum Ausbleiben von Schäden“ fortgesetzt werden können. Nutzerverbände zeigten sich enttäuscht von der geplanten Novelle, während Naturschutzverbände den Entwurf als zu weitreichend kritisierten.

Länderberichte 32

## Bund und Länder bei der Nährwertkenn- zeichnung auf einer Linie

Die Länder unterstützen die Bundesregierung bei der Einführung einer Nährwertkenn- zeichnung. Die Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) sprach sich einstimmig für ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern aus. Damit sollen nun entsprechend den Plänen des Bundeslandwirtschaftsministeriums im Sommer verschiedene Modelle einem Verbrauchertest unterzogen werden. Einen gemeinsamen Kurs schlugen Bund und Länder auch hinsichtlich der Forderung einer verpflichtenden Kennzeichnung eihaltiger Lebensmittel mit der Haltungsform der Legehennen ein. Ebenso wie der Bund wollen auch die Länder eine entsprechende Regelung zudem auf europäischer Ebene erreichen.

Länderberichte 24 und 25

## EU-Kommission erhöht den Druck im Düngestreit

Die Bundesregierung will der Europäischen Kommission bis Mitte Juni ihre Vorschläge für eine Änderung der Düngeverordnung vorlegen. Das haben die Staatssekretäre des Bundesum- welt- und des Bundeslandwirtschaftsministeri- ums, Jochen Flasbarth und Dr. Hermann Onko Aeikens, in einem Schreiben an den Generaldi- rektor der Brüsseler Generaldirektion Umwelt, Daniel Calleja Crespo, angekündigt. Der Spanier hatte sich zuvor in einem Brief unzufrieden mit dem Fortgang der deutschen Bemühungen ge- zeigt und konkrete Vorschläge angemahnt. Komme die Bundesregierung den Forderungen weiterhin nicht nach, sei die Kommission ver- pflichtet, rechtliche Schritte einzuleiten, so der Generaldirektor. Im Mittelpunkt des Bund-Län- der-Treffens zur Düngepolitik stand die Frage wirkungsgleicher Maßnahmen zur Düngung um 20 % unter Bedarf in roten Gebieten. Eine Mehr- heit ist dafür, diese Vorgabe betriebsbezogen statt - wie bislang vorgesehen - schlagbezogen umzu- setzen. Niedersachsens Landwirtschaftsministe- rin Barbara Otte-Kinast sieht darin „eine deutlich realistischere Variante“. Beide Bundesressorts bekräftigten anschließend ihren Willen, eine ge- meinsame Position zu erarbeiten, die von der Kommission akzeptiert und von den Ländern mitgetragen werde. Alle Seiten seien sich einig, die Anforderungen der EU-Kommission zu er- füllen, betonte Flasbarth. Für Diskussionen sorgte ein Vorstoß aus der CDU/CSU-Bundes- tagsfraktion, über eine verpflichtende Einrich- tung von Wasserkoperationen in den roten Ge- bieten den Brüsseler Forderungen nach einem wirksameren Düngerecht nachzukommen. Dies biete die Chance, Maßnahmen zur Verringerung der Nitrateinträge zielgerichteter festzulegen. SPD und Grüne äußerten sich kritisch dazu.

Länderberichte 21